

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 18. Juni 2009

Vorlagen-Nr. 09-F-25-0044

Gemeinsamer Unterricht

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.04.2009-

Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen wurde 2009 für Deutschland verbindlich. Die Konvention fordert, den gemeinsamen Unterricht (GU) von behinderten und nicht-behinderten Kindern zur Regel zu machen, schulische Bildung soll „inklusiv“ gestaltet werden. D.h. wo immer es möglich ist, sollen Behinderte die Regelschulen besuchen, dies fordern auch Sozialverbände sowie Bildungsexpertinnen und -experten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- Wie viele Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht (GU) gab es zu Beginn des letzten Schuljahres (getrennt nach Grundschulen und weiterführenden Schulen)?
- Wie viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben keinen Platz im GU gefunden und werden in Förderschulen beschult?
- Ist die Stadt Wiesbaden mit dem staatlichen Schulamt darüber im Gespräch wie der Ausbau des GU vorangebracht werden kann?
- Wann ist mit der Einrichtung weiterer GU-Angebote an den verschiedenen Schultypen zu rechnen?

Beschluss Nr. 0080

Der schriftliche Bericht des Staatlichen Schulamtes wird zur Kenntnis genommen.
Der Antrag ist damit erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2009

Nehrbaß
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2009

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2009

Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister